

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 108 (1982)
Heft: 25

Rubrik: Blick in die Schweiz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Blick in die Schweiz

Bruno Knobel

Einerseits und andererseits

Nagra im Goethe-Jahr

Die Nagra hat den Auftrag des Bundesrates, die *Möglichkeit* zur Schaffung eines Endlagers für radioaktive Abfälle (nicht nur aus Kernkraftwerken, sondern auch aus Industrie, Forschung und Medizin) zu untersuchen. Der Auftrag gründet auf demokratisch ermitteltem Mehrheitswillen. Die auf Grund geologischer Gegebenheiten ermittelten «Standorte» sind erst Punkte, wo die *Möglichkeit* eines Endlagers erst noch durch Probebohrungen näher abgeklärt werden müsste.

Die Mehrheit dieser «Standortgemeinden» zeigt keine Begeisterung. Begreiflich! Es könnte aber sein, dass diese ablehnende Majorität mehrheitlicher wird als die Mehrheit, die den Auftrag stützt. Wenn mehrheitliche Stimmen-Menge demokratisch verhindert, dass getan wird, was

ebensolche demokratisch ermittelte populäre Mehrheit als zu tun notwendig entschieden hat, dann ergibt das eine Patt-Situation, die zwar gegen die Vernunft ist und bei der sich die Demokratie selber in den Schwanz beisst, was aber im Jahr, in dem Goethes Todestag sich zum 150. Mal jährt, wenigstens Anlass geben könnte, den Dichter zu zitieren («Es ist nie daran zu denken, dass die Vernunft popular werde») oder seine Frage «Wer beschützt die Menge gegen die Menge?» abzuwandeln in «Wer schützt die Mehrheit vor der Mehrheit?»

Verwahrungen

Der Regierungsrat von Basel-land verwahrt sich nicht nur gegen Nagra-Probefbohrungen, sondern auch gegen ein nahes Kernkraftwerk Kaiseraugst. Er hat dafür gewichtige und durch-

aus einleuchtende Gründe anzuführen. Er brachte vor einiger Zeit eine Alternatividee ins Gespräch: Bau eines grossen Kohlekraftwerkes in Baselland. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich der im Westwindstrom aus Richtung Liestal liegende übrige Teil der Schweiz seinerseits gegen dieses Alternativprojekt verwahren wird, wenn es sich als zutreffend erweist, dass die Verbrennung von soviel Kohle, wie nötig wäre, um die gleiche Menge Energie zu erzeugen wie das Kernkraftwerk Kaiseraugst, beim heutigen Stand der Technik mit einem Ausstoss von täglich rund 10000 Tonnen Kohlendioxid in die Umgebungsluft verbunden wäre.

Verwahrt haben sich auch Vorarlberger Gemeinden, nämlich gegen das Ölkavernen-Projekt von Haldenstein am Calanda. Die Besorgnis ist begreiflich: Man möchte im österreichischen Grenzgebiet sicher sein, dass das Schweizer Projekt das Grundwasser nicht tangiert. Grund zur Verwahrung andererseits, nämlich auf deutscher und schweizerischer Seite des Bodensees, gäbe es allerdings auch: Solange die österreichischen Bodensee-An-

stössergemeinden noch immer 45% ihres gesamten Abwassers ungeklärt in den Bodensee leiten.

An einem Informationsanlass der Thurgauer Regierung erhob der Vertreter einer «linken Alternativzeitung» die Stimme und bezeichnete eine vorgesehene Waffen- und Waffeneinsatzschau als Provokation. Und er stellte eine Gegendemonstration in Aussicht.

Information über die Landesverteidigung ist legitim und stösst stets auf ein breites Interesse. Sich dagegen zu verwahren und es als Provokation zu bezeichnen fällt gewissen Zirkeln deshalb leicht, weil sie fest damit rechnen können, dass von der andern Seite die Demonstration nicht auch als Provokation empfunden werden darf, da Demos – und vor allem Gegendemos – ja immer Informationscharakter haben, was von jenen Anlässen, die (wie Wehrdemonstrationen) den besagten Zirkeln nicht passen, natürlich nie behauptet werden darf. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Aber einerseits ist dennoch längst nicht ander-

seits. Wo kämen wir da hin!

Aus Puig Rosados Tierleben

